



Evangelische Volkspartei
Kanton Solothurn



André Wyss
Kantonsrat Solothurn

Sessionsbericht 22./23./30. März 2022

Nach über zwei Jahren tagte der Kantonsrat das erste Mal wieder ohne Einschränkungen im Kantonsratssaal. Nachdem in den letzten zwei Jahren Corona dazu geführt hat, dass regelmässig neue, sogenannt dringliche Aufträge eingereicht wurden (pro Session jeweils mehr als vorher in einer ganzen Legislatur), so ist es neu die Ukraine, welche dafür sorgt, dass der Ratsbetrieb weiterhin mit diesen dringlichen Vorstössen durcheinander gewirbelt wird. Dieses Mal waren es deren zwei.

Alle vier Jahre stellt der Regierungsrat seinen [Legislaturplan](#) vor, in welchem er seine Ziele für die nächsten Jahre definiert. Dies ist sein Planungsinstrument, das der Kantonsrat nur zur Kenntnis nehmen kann. Und trotzdem gibt er immer wieder viel zu diskutieren. Mittels Ergänzungsanträgen (sog. Planungsbeschlüsse) versucht der Kantonsrat jeweils dennoch indirekt Einfluss zu nehmen. An einer Ergänzung, welche schlussendlich gar vom Regierungsrat unterstützt wurde, war ich wesentlich beteiligt: Der Regierungsrat hatte es verpasst, auch finanzpolitische Ziele in den Legislaturplan zu nehmen. Via Antrag der FDP und einem anschliessenden (mehrheitsfähigen) Kompromissantrag von mir, wurde dieses «Versäumnis» aber dann noch «korrigiert». Somit wurde das Ziel «Senkung der Pro-Kopf-Verschuldung» noch ergänzt.

Über 15 Monate nach der Einreichung ist nun endlich meine Interpellation zum Thema «[Menschenrechte](#)» im Zusammenhang mit den Freundschaftsverträgen mit China thematisiert worden. Der Regierungsrat hat für die Beantwortung mehr als 10 Monate benötigt. Doch das Sprichwort «was lange währt, wird endlich gut» hat sich in diesem Fall nicht bestätigt. Bei den Antworten war nämlich keine einzige Aussage zu finden, dass die an sich längst bekannten Menschenrechtsverletzungen von Seiten

Regierung verurteilt werden – was wohl einiges darüber aussagt, wie gross der Druck von Seiten Vertragspartner bereits auf uns lastet und dass wirtschaftliche Interessen stärker gewichtet werden als eben Menschenrechtsverletzungen.

Besprochen wurde der Volksauftrag «[Klimanotstand im Kanton Solothurn](#)». Dieser wurde – in abgeänderter Form – angenommen. Zu diskutieren gab dabei vorallem die Wortwahl («Klimanotstand»). Als «Notstand» wollte man es nicht verstanden wissen, aber als Auftrag, die Klimafrage (noch) aktiver anzugehen.

Ein weiterer Volksauftrag verlangte einen [Mindestlohn von 25 Franken](#) für alle. Es gibt bisher einzelne Kantone, die einen solchen Mindestlohn eingeführt haben, allerdings sind dort die Mindestvorgaben tiefer. Zudem weisen diese Kantone die höchste Arbeitslosigkeit aus. Zufall oder Zusammenhang? Die starre Fixierung eines kantonalen Minimallohnes ist für mich und die Mehrheit nicht zielführend. Der Auftrag wurde mit 66:27 abgelehnt.

Ein Vorstoss wollte einen [Massnahmenplan](#) zur (deutlichen) Senkung der Ausgaben. Dieser vor rund einem Jahr eingereichte Auftrag wurde damals ironischerweise initiiert von Peter Hodel, welcher inzwischen Finanzdirektor ist und dadurch die ablehnende Haltung vom Regierungsrat zu seinem eigenen Auftrag zu vertreten hatte. Die Mehrheit vom Kantonsrat hat sich überzeugen lassen, dass die finanzielle Situation nicht dramatisch sei und will daher auf einen solchen Massnahmenplan verzichten.

In Kürze

Besprochen wurden gegen Ende der Session dann noch die beiden für dringlich erklärten Vorstösse rund um die [ukrainischen Flüchtlinge](#). Im Rahmen von Interpellationen ging es unter anderem um [Notrufnummern](#) und [Velowege](#). Die nächste Session findet am 10./11./18. Mai 2022 statt.

André Wyss

Persönlich

In Zusammenarbeit mit EVP-Präsident und Lehrer Elia Leiser habe ich eine kleine Anfrage zum Thema «**Integration der ukrainischen Kinder**» eingereicht. Konkret geht es um die Frage, wie die Kinder, welche zurzeit aus der Ukraine zu uns kommen, optimal in den Schulalltag integriert werden können. Zudem gilt es die Lehrpersonen möglichst zu entlasten. Ein Votum hielt ich zudem im Rahmen der Beratung der beiden dringlichen Interpellationen, die teils in eine ähnliche Richtung zielten.

Beim zweiten neu eingereichten Vorstoss geht es um den **Verkauf von Alkohol und Tabak an Jugendliche**. Gemäss Medienmitteilung erhielten im Rahmen von Testkäufen in über 30% der Fälle Jugendliche ihre Ware – obwohl sie das nötige Alter noch nicht erreicht haben.

Als Kommissionssprecher habe ich die FIKO beim Geschäft «**Pro-Kopf-Verschuldung**» (im Zusammenhang mit dem Legislaturplan) sowie beim **Massnahmenkatalog** vertreten.